Sehr geehrte Damen und Herren,

der Forschungsabteilung ist im Rahmen des Marie-S.-Curie Austauschprogramms bekannt geworden, dass die zuständige EU-Agentur REA ihre Projektkoordinatoren hinweist, die Vorgaben aus der EU-Sanktionspolitik - d.h. Maßnahmen gegenüber einem Staat (bzw. seiner Elite oder seiner Bevölkerung), der bestimmte Normen (z. B. Menschenrechte) schwer verletzt hat und durch die Sanktionen zu einer Verhaltensänderung gezwungen werden soll - einzuhalten und dies hinreichend zu dokumentieren.

Die Sanktionsmaßnahmen der EU haben die Rechtsform der Verordnung. Sie gelten unmittelbar, **auch außerhalb spezifischer EU-Programme**. Die EU-Sanktionspolitik beschränkt sich keineswegs auf den Handel mit Gütern, sondern untersagt in verschiedenen Fällen auch **die Weitergabe von spezifischen Kenntnissen und Fähigkeiten**.

Dies gilt insbesondere, wenn die Sanktionen gegen den betreffenden Staat "*technical assistance*" bei bestimmten Technologien umfassen - wobei dies definiert wird als "*any technical support related to repairs, development, manufacture, assembly, testing, maintenance, or any other technical service, and may take forms such as instruction, advice, training, transmission of working knowledge or skills or consulting services; including verbal forms of assistance*").

Ich möchte Sie vor diesem Hintergrund darauf hinweisen, dass vor der Einstellung von wissenschaftlichem oder technischem Personal, das (je nach anzuwendender Sanktionsregelung) einen Wohnsitz in bzw. die Staatsangehörigkeit eines von Sanktionen betroffenen Staates besitzt, im Einzelfall zu prüfen und ggf. zu dokumentieren ist, ob die zu besetzende Stelle von Sanktionsmaßnahmen betroffen und eine Einstellung des Bewerbers zulässig ist.

Weitere Informationen zur EU-Sanktionspolitik sind über die Internetseite des Auswärtigen Dienstes der EU zu erhalten: http://eeas.europa.eu/index_de.htm. Dort findet sich auch eine Übersicht über die von Sanktionsmaßnahmen betroffenen Staaten sowie die dazu gehörenden Sanktionsbeschlüsse („Embargoliste“). http://eeas.europa.eu/cfsp/sanctions/docs/measures_en.pdf.

Deutsche Behörde für die Durchführung von Sanktionsbeschlüssen (einschließlich des Bereichs "*technical support*") ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Eschborn <http://www.ausfuhrkontrolle.info/ausfuhrkontrolle/de/embargos/index.html>.

Das BAFA ist auch der zuständige Ansprechpartner für den Bereich des Wissenstransfers der Hochschulen und Forschungseinrichtungen einschließlich für das Ausstellen der „clearance certificates“ (Unbedenklichkeitsbescheinigungen). Herr RD Anders (BAFA-Referatsleiter 214 „Embargos“, Telefon 06196 908-2386) steht für weiterführende Auskünfte unterstützend und beratend zur Verfügung.

Dessen ungeachtet möchte ich Sie auf das Beratungs- und Sensibilisierungsangebot des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes auch für die wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes hinweisen. Informationen und Kontaktadresse finden Sie unter <http://www.verfassungsschutz.rlp.de/>

Gez. Leiterin der Abteilung Forschung und Technologie, MINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT, WEITERBILDUNG UND KULTUR